



Kontaktperson:
Margot Benz, Kantonsrätin
Steingrüeblistrasse 53
9000 St.Gallen
079 777 14 82
margot.benz@gruene-sg.ch

Per E-Mail an:
Kanton St.Gallen
Bildungsdepartement
Info.BLDGS@sg.ch

4. Oktober 2021

Vernehmlassungsantwort: Strategische Immobilienbedarfsplanung für die Sekundarstufe II / VII. Nachtrag zum EG zur Bundesgesetzgebung über die Berufsbildung

Sehr geehrter Herr Regierungsrat,
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 2. September 2021 haben Sie uns im obengenannten Vernehmlassungsverfahren zur Stellungnahme eingeladen. Gerne unterbreiten wir Ihnen hiermit unsere Vernehmlassungsantwort zu Bericht und Entwurf vom 24. August 2021.

Vorab möchten wir festhalten, dass die Vernehmlassungsfrist von einem Monat angesichts der Komplexität der Vorlage äusserst knapp bemessen war. Für Parteien, die bei der Erarbeitung von Vernehmlassungsantworten auf die Mitarbeit ehrenamtlich tätiger Personen angewiesen sind, können derart kurze Fristen eine Überforderung darstellen. Wir ersuchen Sie daher, für Vernehmlassungen künftig eine Frist von mindestens 6-8 Wochen anzusetzen.

I. Allgemein

Der Bericht ist umfangreich und enthält viele Tabellen und Diagramme. Er ist stellenweise redundant, insbesondere betreffend Herausforderung Digitalisierung und Überkapazität der Klassenzimmer. Trotz des grossen Umfanges enthält er wichtige Informationen nicht. Es fehlen eine tabellarische Übersicht der Berufe (nicht Berufsfelder), die an den jeweiligen Berufsbildungszentren unterrichtet werden, sowie eine Übersicht, wie viele Lernende in den einzelnen Berufen unterrichtet werden (nach Anzahl abgestuft).

Die Stellungnahme der GRÜNEN beschränkt sich weitgehend auf den Bereich der Berufsfachschulen. Der Bericht fokussiert zu stark auf den vorgesehenen Standortwechsel des Berufs- und Weiterbildungszentrums für Gesundheits- und Sozialberufe von St.Gallen nach Rorschach. Dieser Entscheid



hängt nicht von der Immobilienbedarfsplanung ab, sondern vom Entscheid, ob die Berufsfachschulen zu Kompetenzzentren werden sollen.

Offensichtlich ist die Berufsbildung im Wandel. Vieles ist schwer abschätzbar. Gerade darum darf die Raumauslastung nicht im Zentrum der Betrachtung stehen, sondern muss einen untergeordneten Stellenwert erhalten. Die neun bzw. acht Berufsfachschulen müssen über genügend Spielraum verfügen, um Veränderungen aufzufangen.

Es ist zu fragen, ob die Vorgehensweise, zuerst den Immobilienbedarf zu klären und erst danach die Zuweisung von Kompetenzfeldern an die einzelnen Schulen erfolgt, die Richtige ist oder ob nicht besser in umgekehrter Reihenfolge vorgegangen werden sollte.

Grundsätzlich begrüssen die GRÜNEN, dass alle Berufsfachschulen dem Kanton unterstellt sind und eine gemeinsame Immobilien- und Nutzerstrategie erarbeitet werden kann. Ebenso wird von den GRÜNEN im Grundsatz begrüsst, dass die Berufsschulen in erster Linie in kantonseigenen Bauten betrieben werden sollen.

Es fehlt jedoch ein strategisches Organ, wie es für die anderen Bereiche des St.Galler Bildungswesens existiert. Der Bildungsrat ist nur zuständig für die Volksschule und Mittelschule. Es fragt sich, ob er nicht auch für die Berufsschulen zuständig sein sollte.

II. Stellungnahme zum Bericht

2.1.3 14 Berufsfelder

Aus dem Bericht geht hervor, dass die 14 Berufsfelder vom Amt für Berufsbildung festgelegt wurden. Die Einteilung ist nicht beliebig, aber auch nicht unumstösslich. Die Berufsberatung unterscheidet 22 Berufsfelder von Natur bis Bildung/Soziales (vgl. <https://www.berufsberatung.ch/dyn/show/1893>, Zugriff am 26.09.2021). Die Einteilung in 14 Berufsfelder hat wesentlichen Einfluss auf die Bildung von Kompetenzzentren. Da nicht dargestellt wird, welche einzelnen Berufe hinter den 14 Berufsfeldern stehen, kann darüber keine Beurteilung abgegeben werden. Mit der Einteilung wird im Hinblick auf die Kompetenzzentren ein Sachzwang geschaffen. Werden die Berufsfelder flexibler gestaltet, werden die Optionen für Schulzuweisungen und Kompetenzzentren erhöht.

Im Hinblick auf die Mobilität bzw. die Wohnortnähe erscheint es den GRÜNEN wichtig, dass einzelne Berufe mit einer hohen Anzahl an Lernenden in allen Regionen unterrichtet werden.

2.4 Raumauslastung

Der Zielwert der Raumauslastung ist mit 80% zu hoch. 2011 wurde ein Zielwert von 67.5% definiert. Der Kanton Zürich hat einen Zielwert von 70%.



Die GRÜNEN befürworten einen Zielwert von maximal 70%.

6.3.1 Bündelung von Kompetenzen

Im Bericht ist nicht schlüssig dargestellt, weshalb Kompetenzzentren das Modell der Zukunft sind. Es klingt gut, und andere Kantone machen es auch. Sicher ist es nicht sinnvoll, wenn Berufe mit kleiner Anzahl Lernender an verschiedenen Standorten unterrichtet werden. Dies ist bereits heute nicht der Fall. Zudem bestehen bereits heute Kompetenzzentren z.B. mit der KBZ, der BZGS und dem Standort Altstätten der BZR als kaufmännische Berufsschule. Der Nutzen einer weiteren Bündelung auch im gewerblichen Bereich muss nachvollziehbar und wesentlich grösser sein als die Nachteile von weiten Anfahrtswegen.

Die GRÜNEN stehen der Bildung von Kompetenzzentren im Grundsatz positiv gegenüber, können den Nutzen darin jedoch noch zu wenig erkennen.

7 Entwicklung der Berufsfachschulen in anderen Kantonen

Es fällt auf, dass in anderen Kantonen die Neuzuteilung der Berufe an die Schulen unter starkem Einbezug der Stakeholder und der Politik erfolgte.

Die GRÜNEN erwarten, dass ein neues Standortkonzept (Zuteilung der Berufe an die Schulen) unter Einbezug aller Stakeholder erfolgt.

8 Strategie für die Entwicklung der Sekundarstufe II

Die GRÜNEN begrüssen die aufgeführten fünf Leitlinien. Insbesondere die regionale Verteilung und die Anbindung an den öffentlichen Verkehr sind für die GRÜNEN wichtige Anliegen. Die strategischen Leitlinien enthalten jedoch keine Aussagen zu Klimaverträglichkeit und Ökologie/Biodiversität.

Die strategischen Grundsätze für die Berufsfachschulen werden grundsätzlich unterstützt mit den Bemerkungen zu Ziff. 6.3.1, Bündelung von Kompetenzen. Es fehlt der Grundsatz, wenn möglich einen Campus anzustreben.

Die maximale Reisezeit von 90 Minuten pro Weg, d.h. drei Stunden pro Tag, für Lernende ist sehr hoch und sollte weiterhin nur für eine kleine Minderheit gelten.

Die GRÜNEN erwarten, dass bereits auf der Stufe Leitlinien die Themen Klimaverträglichkeit und Ökologie/Biodiversität aufgenommen werden und der Campusgedanke in die Teilstrategie aufgenommen wird.



8.2.1 Von Betrachtungsregionen zu Bildungsregionen

Die neue Einteilung in vier Bildungsregionen ist sehr knapp begründet und leuchtet nicht ein. Die Bildungsregion St.Gallen-Rorschach ist nicht zwingend. Die Bildungsregion Toggenburg-See-Gaster ist unzweckmässig. Der Fokus sollte stärker auf dem Campusgedanken liegen. Die gewachsenen Strukturen sind nicht in Stein gemeisselt, aber aus unserer Sicht zurzeit sinnvoll: Drei grosse Kompetenzzentren in St.Gallen, weitere Schulen in Rorschach-Rheintal, Buchs-Sargans, See-Gaster, Toggenburg, Flawil-Uznach-Wil. Das ergäbe sechs Bildungsregionen.

Aus Sicht der GRÜNEN sind entweder mehr oder gar keine Bildungsregionen zu bilden.

8.3 Optionen zur Umsetzung der Teilstrategie Berufsfachschulen

Die Grünen unterstützen insbesondere die Campusidee, die in Wattwil nun zum ersten Mal umgesetzt wird. Mit einem Campus, an dem sowohl Berufsschüler*innen wie auch Maturand*innen ausgebildet werden und ein grosser Teil der Infrastruktur von beiden Richtungen benützt werden kann, kann Raum gespart und die Integration der Jugendlichen gefördert werden. Der Nachteil ist, dass verschiedene heutige Standorte verschwinden und die Regionen nur punktuell gestärkt werden.

Kurz- und mittelfristig kann diese Vision nur im Gebiet See-Gaster umgesetzt werden.

Die Option 2 und 3 schliessen sich gegenseitig nicht aus und können nacheinander umgesetzt werden. Die grossen Unsicherheiten in der Berufsbildung lassen kleinere flexible Anpassungen sinnvoller erscheinen als ein grosser Wurf. Neue Infrastrukturprojekte sind, abgesehen von St.Gallen, nur im Zusammenhang mit der Campusidee zu prüfen. Das Spital-Debakel mit eröffneten und sofort wieder geschlossenen Bauten darf sich auf keinen Fall wiederholen. Wichtig ist, dass die Zuweisung der Berufe zu Kompetenzzentren unter Einbezug aller Akteure erfolgt.

Die GRÜNEN sind der Ansicht, dass die Immobilienbedarfsplanung zusammen mit der Zuweisung der Berufe an die Berufsschulzentren und unter Beteiligung aller Akteure erfolgen muss. Wo immer möglich und sinnvoll, ist die Campusidee zu verfolgen.

8.3.3 Hauptoptionen

Mit diesem Bericht wird versucht, die Verschiebung der BZGS-Berufe nach Rorschach zu rechtfertigen. Der Standort der BZGS-Berufe kann jedoch nur im Zusammenhang mit allen Berufszuweisungen festgelegt werden. Mit der Verschiebung der BZGS-Berufe nach Rorschach werden die Standortentscheide aller anderen Schulen präjudiziert. Das ist unnötig und widerspricht einer Gesamtstrategie.

Aus Sicht der GRÜNEN sollte die Stadt St. Gallen weiterhin Standort aller grossen Berufsgruppen sein. Sie verschliessen sich einer anderen Betrachtungsweise nicht grundsätzlich, Voraussetzung ist jedoch eine Gesamtsicht unter Einbezug aller Akteure.



Die GRÜNEN fordern eine Gesamtstrategie unter Einbindung aller Akteure über die Neuzuteilung der Berufe an die Berufsbildungszentren, bevor ein Standortentscheid der BZGS gefällt wird.

8.5.2 Weiterer Entwicklungsbedarf im Berufsfachschulbereich

Die historisch gewachsene Struktur mit neun bzw. neu acht Berufsbildungszentren mit 23 Standorten in 13 Ortschaften (Gemeinden?) und über 40 Schulgebäuden mag nicht ideal erscheinen. Angesichts der grossen Unsicherheit im Berufsschulwesen und der damit verbundenen nötigen Agilität und Flexibilität kann dies auch als eine Ressource betrachtet werden. Mit dieser diversen Aufstellung kann möglicherweise schnell und sachgerecht auf zukünftige Entwicklungen reagiert werden.

Gemäss Tabelle 18 haben die meisten Zentren eine gute Schulgrösse. So werden das BZSL und das BZB zusammengelegt. Für Rapperswil-Jona besteht keine Alternative und bei Wattwil ist die Grösse durch den Campus vorgegeben. Das BZGS und das KBZ sind in ihrer Grösse knapp und müssten daher mit anderen Berufsgruppen erweitert werden. Gerade an diesen letzten Beispielen ist erkennbar, dass es eine Güterabwägung braucht und das Abstellen auf eine gute Schulgrösse allein nicht ausreicht.

Für die GRÜNEN sind die Berufsbildungszentren insgesamt auf einem guten Weg. Gute Schulen sollten nicht vorschnell zerschlagen werden und Veränderungen nicht in erster Linie mit Blick auf das Sparpotential erfolgen.

III. Stellungnahme zum VII. Nachtrag zum EG-BB

Wenn mit Gesamtkonzept dieser Bericht gemeint ist, dann ist dies ungenügend. Unter einem Gesamtkonzept verstehen wir die gesamte Neuzuteilung der Berufe an die Berufsbildungszentren.

Abschliessend bedanken wir uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

GRÜNE Kanton St.Gallen

Margot Benz
Kantonsrätin

Daniel Bosshard
Präsident